

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Siege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Siege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 23. November 1989

Blatt 2661

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Zilk lädt Havel und Hajek nach Wien ein (2667)

Kommunal/Lokal:

„Im milden Schein des Gaslichts“ (2662)

Gemeinde Wien: Gegenüber Vorjahr 30 Prozent mehr Behinderte aufgenommen (2663)

Ehrungen im 14. Bezirk (2664)

Hatzl: Wiener Planungsverantwortliche brauchen keine Nachhilfe (2666)

Öffentliche Auflage einer Änderung des Gebrauchsabgabegesetzes (2668)

Familiensonntag: Veranstaltungen in 10 Bezirken (2669)

Wiener Gemeinderat (2670-2677)

Schirmer: Keine Mißstände bei Refundierung der Ausgleichsabgabe für Schlachtvieh (2678)

Neue Einbahnregelung im 17. Bezirk (2678)

Kultur:

Verdienstzeichen des Landes Wien (2664)

10 Jahre Artothek (2665)

„Im milden Schein des Gaslichts“

Buch des Gaswerke-Direktors erschienen

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Am 27. November 1962 wurde in Hietzing an der Kreuzung Sauraugasse/Nothartgasse die letzte öffentliche Gaslaterne gelöscht. Zur Erinnerung daran wurde sie vor dem Bezirksmuseum Hietzing (Am Platz 2) wieder aufgestellt. In diesem Bezirksmuseum wurde Mittwoch abend das Buch „Im milden Schein des Gaslichts“, verfaßt vom Direktor der Gaswerke, Dipl.-Ing. Rudolf SCHLAUER, vorgestellt.

Der Verlag in seinem Begleittext dazu: „Ein literarischer Leckerbissen für alle Wien-Freunde, die amüsante Anekdoten, verknüpft mit nostalgischen Schmankerln, trockenen Berichten vorziehen. Aus aktuellem Anlaß des 90jährigen Bestehens des Gaswerkes vermag die Broschüre, unterstützt von zahlreichen Illustrationen, anhand umfangreicher Ausführungen über die Geschichte dieser einst völlig neuartigen Beleuchtungstechnik Zeugnis der Entwicklung des 'guten alten Wiens' zu geben.“

Rudolf Schläuer, „Im milden Schein des Gaslichts“, Compress-Verlag, 72 Seiten, 98 Schilling, erhältlich in allen Buchhandlungen. (Schluß) roh/rr

Gemeinde Wien: Gegenüber Vorjahr 30 Prozent mehr Behinderte aufgenommen

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Zur immer wiederkehrenden Fragestellung nach der Aufnahme von Behinderten in den Dienst der Stadt Wien stellte Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß zwar der Dienstpostenplan des Magistrats der Stadt Wien keine eigens für Behinderte systemisierte Dienstposten vorsieht, daß aber insbesondere aufgrund der Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Vergleich zum Vorjahr (Vergleichszeitraum: Frühjahr 88/89) eine Steigerung von 30 Prozent zu registrieren ist.

Für Behinderte wurden im Detail folgende Überstandsposten bewilligt:

1981:	50
1983:	150
1984:	200
1986:	230
1988 (März):	256
1989 (Mai):	310
1989 (Nov.):	342

Insgesamt finden derzeit 829 Behinderte im Sinn des Behindertenbeschäftigungsgesetzes bei der Stadt Wien — davon 745 im Magistrat im engeren Sinne — Beschäftigung.

Die intensiven Bemühungen der Stadt Wien, besonders initiiert von Bürgermeister Zilk, haben in den letzten Jahren positive Ergebnisse erbracht.

Stadtrat Dr. Swoboda: „Dennoch besteht nach wie vor die Notwendigkeit, auf diesem Gebiet große Anstrengungen zu unternehmen. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß gerade bei den personalintensiven Dienststellen eine Beschäftigung behinderter Dienstnehmer oft nur schwer möglich ist. Es ist jedoch meine feste Absicht, auch in Zukunft die Beschäftigung behinderter Arbeitnehmer nach Kräften zu fördern“.
(Schluß) lf/gg

Ehrungen im 14. Bezirk

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Mittwoch abend überreichte Stadträtin Christine SCHIRMER Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an Mandatare der Bezirksvertretung für den 14. Bezirk.

Das Silberne Ehrenzeichen erhielt Bezirksvorsteher-Stellvertreter Peter EREMIAS, das Goldene Verdienstzeichen erhielten die Bezirksräte Kurt BRAUN, Paul BRIXLER, Franz GROSSMANN, Hermine HASLINGER, Ferdinand HILLER, Anton LADICS, Komm.-Rat Franz SEISER und Ernst STILLER.

Das Silberne Verdienstzeichen erhielten die Bezirksräte Karl ACHITZ, Markus BERGER, Reg.-Rat Kurt BRÜNDL, Karl FEICHTINGER, Gerald GASCHLER, Harry GROSMAN, Willi JAKSCH, Michael KRESS, Ing. Helmut LIENDLBAUER, Dr. Franz SATZINGER, Johann SEDLACEK, Rudolf STARK und Robert ZAWIACIC. (Schluß) emw/gg

Verdienstzeichen des Landes Wien

Wien, 23.11. (RK-KULTUR) Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL überreichte Donnerstag das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien an Elisabeth REISINGER. Frau Reisinger ist die musikalische Leiterin des Ersten Wiener Mandolinenorchesters. (Schluß) red/bs

10 Jahre Artothek

Tag der offenen Tür am Samstag

Wien, 23.11. (RK-KULTUR) Die Artothek feiert ihren zehnten Geburtstag. Die Bildverleihstelle, die 1979 vom damaligen Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK ins Leben gerufen wurde, ist zu einer fixen Institution des kulturellen Angebots der Stadt geworden. Rund 1.600 Werke, Ölbilder, Grafiken und auch Kleinskulpturen von österreichischen Künstlern stehen dem interessierten Publikum zur Verfügung. Der Verleihpreis für zwei Monate beträgt 30 Schilling. Die Artothek ist Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 12 bis 18 Uhr, Mittwoch bis 20 Uhr, geöffnet.

Anlässlich des Jubiläums gibt es in der Artothek am Samstag, dem 25. November, von 10 bis 18 Uhr einen „Tag der offenen Tür“. (Schluß) gab/rr

Hatzl: Wiener Planungsverantwortliche brauchen keine Nachhilfe

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Zu der heute seitens der Grünen erhobenen Forderung, die Stadt Wien und insbesondere der Verkehrsstadtrat sollten sich eindeutig von dem Straßenprojekt einer B 301 distanzieren, stellte Verkehrsstadtrat Johann HATZL in einer ersten Stellungnahme fest, weder er noch die Stadt Wien benötigten Nachhilfe hinsichtlich des Umweltbewußtseins. Er habe sich, so Hatzl, und das sei allgemein bekannt, stets gegen Vorhaben ausgesprochen, die eine weitere Verkehrsbelastung der Wohnbevölkerung im Süden Wiens mit sich brächten. Eben deshalb trete er dafür ein, einen zu erwartenden stärkeren Verkehrsstrom aus dem Osten um die Wohngebiete herumzuführen. Man könne es sich aber nicht so leicht machen wie die Grünen, die nach dem Motto, „daß nicht sein kann, was nicht sein darf“, die LKW-Problematik zwangsweise auf die Schiene verlagern wollen. „Wir werden uns um Lösungen im Einvernehmen mit allen Betroffenen bemühen, die Wien nicht zu einer LKW- und PKW-Durchfahrtsroute werden lassen“, schloß Hatzl. (Schluß) pz/rr

Zilk lädt Havel und Hajek nach Wien ein

Wien, 23.11. (RK-POLITIK) Unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei hat der Wiener Bürgermeister Dr. Helmut ZILK den Bürgerrechtskämpfer und Dramatiker Vaclav HAVEL sowie den ehemaligen Außenminister zur Zeit des Prager Frühlings, Dr. Jiri HAJEK, namens der Bundeshauptstadt zu einem Besuch nach Wien eingeladen. Beide haben die offizielle Einladung, die vom österreichischen Botschafter in Prag, Dr. Karl PETERLIK, übermittelt wurde, dankend angenommen. Der Zeitpunkt des Besuchs, den beide möglichst bald absolvieren wollen, ist vorläufig noch offen, da er nicht zuletzt von den aktuellen Ereignissen und den Reisemöglichkeiten abhängt. (Schluß) red/rr

Öffentliche Auflage einer Änderung des Gebrauchsabgabegesetzes

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Bis zum 29. Dezember liegt eine vom Amt der Wiener Landesregierung ausgearbeitete Änderung des Gebrauchsabgabegesetzes zur öffentlichen Einsicht auf. Die Einsicht in den Entwurf ist in allen Magistratischen Bezirksämtern Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag auch bis 17.30 Uhr möglich.

Die letzte bedeutende Novellierung des Gebrauchsabgabegesetzes erfolgte im Februar 1982 — damals kam es auch zu einer Tarifierpassung. Nun soll es neben Klarstellungen und Vereinfachungen des Gesetzes für einen Teil der Tarife — die sogenannten festen Tarife, die in absoluten Beträgen im Gesetz enthalten sind — nach acht Jahren zu einer Erhöhung um 25 Prozent kommen.

Im Budget 1990 werden die Einnahmen aus der Gebrauchsabgabe mit 1.093 Millionen geschätzt. Allerdings kommt der überwiegende Teil dieser Einnahmen nicht aus den festen Tarifen, sondern aus Tarifen, die sich am wirtschaftlichen Ergebnis der Betriebe orientieren — die somit einer Dynamisierung unterliegen und die nicht erhöht werden sollen. Die sogenannten festen Tarife erbringen ohne Erhöhung Einnahmen von rund 140 Millionen Schilling im Jahr. Durch die geplante Erhöhung der festen Tarife könnte es zu Mehreinnahmen von rund 35 Millionen Schilling im Jahr kommen. (Schluß) sei/rr

Famillensonntag: Veranstaltungen in zehn Bezirken

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) 16 Veranstaltungen in zehn Bezirken bietet das Landesjugendreferat den Wiener Familien am kommenden Sonntag, dem 26. November. Das Angebot beinhaltet u. a.

- Kennenlernen und Ausprobieren von Brett- und Gesellschaftsspielen im Wappensaal des Rathauses
- Adventzauber im Wohnpark Alt-Erlaa (Kaufparkhalle)
- Umweltaktion im Volksheim Stammersdorf
- Diskussion über seelische Probleme in Schule und Erziehung in der Volkshochschule Favoriten
- „Fun with English“ im British Council
- Herbstwanderung entlang des Wienflusses
- Museumsaktion im Völkerkundemuseum
- Lesofantenfest im „Haus des Buches“ und vieles andere mehr.

Nähere Auskünfte beim Landesjugendreferat unter 42 800/4100 und bei der Stadtinformation. (Schluß) emw/gg

Wiener Gemeinderat

Gesundheits- und Spitalswesen

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Die Mittwoch abend unterbrochene Gemeinderatssitzung wurde Donnerstag fortgesetzt.

GR Karin LANDAUER (FPÖ) stellte fest, daß der Ausgabenrahmen im Spitalswesen um 1,7 Milliarden angehoben wird und der Personalaufwand um 837 Millionen steigt. Die personelle Aufstockung allein löse die Probleme aber noch nicht. So müsse etwa eine bessere Arbeitszeitregelung (Halbtags- und Teilzeitarbeit, überschneidender Schichtdienst) getroffen werden. Ein Fernsehbericht habe offenkundig gemacht, daß die Verhältnisse in den Vorarlberger Spitälern wesentlich besser sind, und die Patienten dort deutlich freundlicher behandelt werden. In Wien passiere alles nur in kleinen Schritten. Das Argument, daß alle Forderungen Geld kosten, zähle nicht, denn es wäre wichtig, die Mittel effizienter einzusetzen. In einem ANTRAG forderte Landauer Verbesserungen bei der Aus- und Weiterbildung aller Sparten der Medizinisch-Technischen Dienste. Die Ausbildung sollte einheitlich drei Jahre dauern. Weil die Medikamentenkosten weiterhin steigen, forderte Landauer in einem weiteren ANTRAG, den finanziellen Aufwand für die pharmazeutischen Produkte zu senken. Die Mobilisierung sei manchmal durch Therapeuteneinsatz erfolgreicher und schneller und verglichen mit den Medikamenten auch ohne Nebenwirkungen. Sie unterstrich die erfolgreiche Tätigkeit der AIDS-Hilfe und forderte, das Methadonprogramm für die Drogenabhängigen verstärkt anzubieten. Parallel dazu sei eine soziale Unterstützung für die Drogenabhängigen notwendig. Weiter verlangte Karin Landauer, den Standard der Pflegeheime jenem der Pensionistenheime anzupassen. Von der Ärztekammer verlangte die Rednerin, junge niedergelassene Ärzte rascher mit Kassenverträgen auszustatten, um die Patientenversorgung sicherzustellen.

GR DKfm. Hilde FESTGE-WEINROTHER (ÖVP) kritisierte, daß durch eine quantitative Vermehrung des Personals und eine Anhebung der Bezüge im Krankenpflegeteam dringend nötige Reformen nicht ersetzt werden könnten. Es bestehe die Gefahr, daß die zusätzlich zur Verfügung gestellten Finanzmittel in ein veraltetes System sinnlos investiert würden. Sie vermisse, sagte Festge-Weinrother, weiterhin systemisierte Teilzeitarbeitsplätze in Krankenanstalten sowie verbesserte Bedingungen und eine damit erfolgende Attraktivierung der Teilzeitarbeit. Es gebe nach wie vor zu wenig zusätzliche Verwaltungskräfte, und bei der Personalaufstockung sei zum Beispiel das Krankenhaus Lainz wieder kraß benachteiligt worden. Ein weiterer Kritikpunkt sei, daß kein einziger zusätzlicher Dienstposten für die Mobilen Krankenschwestern geschaffen worden sei. Die Hauskrankenpflege müsse umgehend flächendeckend ausgebaut werden. Derzeit funktioniere sie unbefriedigend und nicht bürgernah. Als Organisationsform schlug Festge-Weinrother eine Anlehnung an das Hamburger Modell der Sozialstationen vor und stellte den ANTRAG, die Zahl der Dienstposten bei den Mobilen Schwestern auf 300 anzuheben, die organisatorische Zuständigkeit in die MA 17 zurückzuführen und die Schwestern im Einsatz mit einem Schild „Hauskrankenpflege“ oder „Krankenschwester im Dienst“ analog der Regelung „Arzt im Dienst“ auszustatten.

Die tragischen Vorfälle von Lainz hätten uns allen erst den Stellenwert eines funktionierenden Gesundheitswesens ins Bewußtsein gebracht, sagte GR Eveline ANDRLIK (SPÖ). Das Gesundheitswesen benötige ständige Reformen und Verbesserungen. Die Reformen dürfen sich nicht nur auf das Krankenhaus beschränken, die extramuralen Einrichtungen, die Vor- und Nachsorgeeinrichtungen müssen ausgebaut werden, für ausreichendes Personal ist zu sorgen. Das Modell „Medizin 2000“ und das WHO-Projekt „Gesunde Stadt“ bieten die besten Voraussetzungen für Gesundheitsförderung, für Schutz, Erhaltung und Verbesserung der Gesund-

heit. Ziel ist die Gesundheitsförderung in allen Bereichen der Gesellschaft, in der Schule, in der Erwachsenenbildung, in der Stadtplanung, in der Umwelt- und Verkehrspolitik. Wien könne hier an die große sozialmedizinische Tradition der Zwischenkriegszeit anknüpfen.

Andrlik sprach sich für den Ausbau der Serviceleistungen aus und berichtete in diesem Zusammenhang über den Erfolg des Versuches „Gesundheitsstraße“ in der Leopoldstadt. Mit lokalen Aktionen, etwa Gesundheitstagen, Gesundheitsbusse in den Bezirken, könnten gute Erfolge erzielt werden. Positiv wertete es Andrlik, Frauenprojekte in die Gesundheitspolitik mit einzubeziehen.

GR Dr. RASINGER (ÖVP) sprach sich für die Aufwertung des praktischen Arztes im Gesundheitswesen aus. Hausärzte müßten in die Lage versetzt werden, etwa auch Laboruntersuchungen zu machen und Vorsorgemedizin zu betreiben. Dadurch könnte das Gesundheitswesen einerseits verbessert und andererseits finanziell entlastet werden. Entsprechende Schritte müßten bei der Gebietskrankenkasse durchgesetzt werden. Rasinger sprach auch eine Reihe von Vorschlägen von Vizebürgermeister Mayr in dessen Buch „Patient — Spital“ aus dem Jahr 1985 wie etwa die Dezentralisierung des Spitalswesens an, die bis heute nicht verwirklicht worden seien. Generell sei es offensichtlich sehr schwierig, die in Wien notwendige Reform in Richtung Vorsorge und Dezentralisation im Gesundheitswesen durchzusetzen. Es bedürfe immer eines Schocks, wie seinerzeit vor der Psychiatriereform und zuletzt in Lainz, wobei die Vorschläge von Gesundheitsstadtrat Stacher und der internationalen Expertenkommission im Gefolge von Lainz größtenteils bis heute nicht umgesetzt seien. Rasinger kritisierte weiters, daß die Psychotherapie nach wie vor in Wien keine Kassenleistung sei und daß der Ausbau der Hauskrankenpflege und damit im Zusammenhang auch der Ausbau der Nachbarschaftshilfe nach wie vor zu wünschen übrig lasse. Auch in ihren Publikationen widme die Stadt Wien der Gesundheit zu wenig Augenmerk. Der Redner schloß mit einem Apell zu mehr Zusammenarbeit, um im Gesundheitswesen wirklich die behauptete Spitzenposition zu erreichen.

Die Stadt Wien sei bemüht, die regionale Versorgung in allen Bereichen der Gesundheit weiter zu verbessern, sagte GR Dr. Elisabeth NECK-SCHAUKOWITSCH (SPÖ). Wien sei durch den Beschluß, dem WHO-Projekt „Gesunde Städte“ beizutreten, einen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Denn dadurch seien die 38 Einzelziele des WHO-Projektes Ziele der Wiener Gesundheitspolitik geworden. Als Beispiele nannte sie die Bekämpfung von Infektionskrankheiten; die Absicht, bis zum Jahr 2000 eine Senkung der Sterblichkeit durch Kreislauferkrankungen bei Personen unter 50 Jahren um 15 Prozent zu erzielen, sowie eine Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit. Weiters würdigte Neck-Schaukowitsch die Psychiatriereform. Stadtrat Stacher sei es gelungen, die Psychiatrie aus dem „Narrenhaus-Dasein“ herauszubringen. Wie ernst die Stadt Wien Gesundheitspolitik nehme, zeige sich auch daran, daß dafür ein Fünftel des Gesamtbudgets aufgewendet wird.

Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) befaßte sich mit der Situation beim städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst. Sie sagte, das Personal müsse durchschnittlich 70 bis 80 Stunden pro Woche arbeiten und erhalte dafür netto 17.000 bis 18.000 Schilling. Es gebe keine geregelten Ruhe- und Mittagspausen im Außendienst. In einer Dienstschrift müßten 200 bis 250 Kilometer gefahren werden, die Patienten müßten wegen der Personalüberlastung oft lange warten, und das Rettungspersonal müsse seine Fortbildung in der Freizeit absolvieren. Wenn Mitarbeiter Änderungen des bestehenden Systems verlangen, werden ihnen Gehaltskürzungen in Aussicht gestellt. Hampel-Fuchs schlug vor, neue Regelungen gemeinsam mit dem Personal in Richtung einer 40-Stunden-Woche auszuarbeiten, wobei Gehaltseinbußen durch eine Anhebung des Gehalts-

Forts. von Blatt 2670

Forts. auf Blatt 2672

schemas kompensiert werden sollten. Es sollte mehr Personal oder eine bessere Kooperation mit den privaten Rettungsorganisationen sowie eine Untersuchung auf den einzelnen Rettungsstationen und dort für die einzelnen Touren geben. Ihr gehe es darum, sagte Hampel-Fuchs, daß die Mitarbeiter des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes das bekommen, was Millionen andere längst haben.

Er habe, erklärte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), in einem kürzlich stattgefundenen Gespräch mit Gesundheitsminister Ettl ein Hauskrankenpflegegesetz gefordert, das nun auf Etlis Weisung vorbereitet werde. Dieses Gesetz dürfe das Krankenpflegegesetz aber nicht ersetzen. Er mache darauf aufmerksam, erklärte Stacher, daß dies nach wie vor Bundeskompetenz sei. Zum Problem der flexiblen Diensterteilungen sagte Stacher, er kenne die Wünsche der Personalvertretung, die derzeit keine Änderung möchte. Zur Teilzeitbeschäftigungssituation sei zu sagen, daß nun ohne Rücksicht auf den systemisierten Stand Teilzeitbeschäftigte über den Dienstpostenplan hinaus aufgenommen werden können. Für die Hauskrankenpflege müsse man, ebenso wie dies bei den Sozialen Diensten geschehen sei, eine übergeordnete Organisationsform schaffen, doch könne dies nicht allein auf Kosten der Stadt Wien, sondern nur in Zusammenarbeit und mit massiver finanzieller Unterstützung von Kassen und Versicherungen erreicht werden. Er stehe einer neuen Personalgruppe, wie sie Dr. Rasinger gefordert habe, überaus positiv gegenüber, unterstrich Stacher, wolle jedoch den Begriff „Altenpfleger“ nicht verankert sehen. Er stelle sich die Bezeichnung „Chronischkrankenpfleger“ vor, da Pflegefälle nicht nur bei alten Menschen vorkommen. Dieser Begriff solle auch in das Pflegegesetz aufgenommen werden. Stacher machte darauf aufmerksam, daß eine Umstrukturierung in Krankenhäusern nur langsam und stufenweise, vor allem aber mit Rücksicht auf die Sensibilität des Betriebes möglich sei und deshalb Zeit brauche. Abschließend sagte Stacher, das Budget 1990 enthalte nicht nur eine Steigerung um 1,7 Milliarden Schilling, sondern auch vielversprechende Ansätze für Fortschritte und Neuerungen im medizinischen und organisatorischen Bereich der Wiener Krankenanstalten.

Verkehr und Energie

Das Verkehrschaos werde täglich ärger, meinte StR. Dkfm. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Innerhalb des Gürtels gebe es zu wenig Parkplätze, zu wenig Garagen, der Wirtschaftsverkehr sei behindert, die Busse und Straßenbahnlinien bleiben stecken. Das müßte nicht so sein, wenn die richtigen Maßnahmen rasch ergriffen werden. Pawkowicz sprach sich für die Verlängerung der U-Bahn-Linie aus; so der U 1 nach Norden und Süden. „Wer einmal im Auto sitzt, der steigt nicht mehr in die U-Bahn um“. Auch die U 4 sollte nach Meinung von Pawkowicz zum Auhof verlängert werden, wo ein großer Park-and-Ride-Platz errichtet werden könnte. Die S-Bahn sei in Wien ein bisher vergessenes Kind. So sei einfach nicht einzusehen, warum der Flughafen mit der S-Bahn kaum erreichbar sei.

Es gelinge offensichtlich nicht, die Autofahrer zum Umsteigen auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu bewegen. Das Beschleunigungsprogramm funktioniere nur ansatzweise. Pawkowicz bemängelte weiters, daß der 71er keine Anbindung an die U-Bahn habe.

Es gelte, neue Flächen für den ruhenden Verkehr im Bereich innerhalb des Gürtels zu schaffen, Garagen, Tiefgaragen oder auch Garagenhäuser. Damit könne es gelingen, den Parkplatz-Suchverkehr zu verringern. Im Zusammenhang mit der EXPO 95 werde die Verwirklichung der Park-and-Ride-Konzepte immer dringlicher.

GR HAUBENBURGER (ÖVP) plädierte zunächst für die Wiederinbetriebnahme der Linie 8, die vor allem für die ältere Bevölkerung in ihrem Einzugsbereich dringend nötig sei. Es sei auch nicht zu verstehen, warum sich die SPÖ hier gegen eine Volksbefragung wehre.

Forts. von Blatt 2671

Forts. auf Blatt 2673

Forts. von Blatt 2672

Für den U-Bahn-Bereich schlug Haubenburger vor, die Tarife für Senioren zu halbieren und Lehrlinge Schülern tarifmäßig gleichzustellen. Ferner forderte er eine bessere Information bei Störungen und Verspätungen, Intervallverkürzungen bei der U 4, die beschleunigte Durchführung nachträglicher Aufzugseinbauten und den Bau der Station Reinprechtsdorfer Straße. Bezüglich der Station Hütteldorfer Straße — Breitenseer Straße bei der U 3 forderte Haubenburger das Gespräch mit der betroffenen Bevölkerung und schlug eine Verschiebung der Station stadteinwärts vor, wodurch der Hausbestand erhalten werden könnte. Ein neuer Termin-, Kosten- und Finanzierungsplan für den Ausbau der U 3 nach Ottakring und Simmering sowie der U 6 nach Floridsdorf und Siebenhirten sei notwendig, um einen Überblick über die Fertigstellung dieser wichtigen Linien zu bekommen.

Im Bereich des Straßenbaus sprach sich der Redner für den Bau der B 301 von Vösendorf bis Schwechat, für die Öffnung der Abfahrt Simmering über den Weichseltalweg zur Simmeringer Hauptstraße und für die Umfahrung der alten Ortskerne in der Donaustadt aus.

GR SEVCIK (SPÖ) sagte, Wien könne schon jetzt auf sein öffentliches Verkehrsnetz stolz sein. Es gelte aber nach weiteren Verbesserungen zu suchen, denn laut jüngster Prognosen schrumpfe die Einwohnerzahl Wiens nicht, sondern werde bis zur Jahrtausendwende gleichbleiben oder sogar wachsen. Dazu komme, daß Wien 1995 eine EXPO veranstalten möchte, schon jetzt eine europäische Tourismusmetropole ist und angenommen werden darf, daß der Verkehr aus dem Osten und Westen weiter zunehmen werde. Trotz Priorität für den öffentlichen Verkehr müßten auch Maßnahmen im Straßenbau gesetzt werden. Dies geschehe durch die Bereitstellung wesentlicher finanzieller Mittel, wobei auch eine Verbesserung der Umweltsituation erzielt werden wird.

Zu einer heutigen Zeitungsmeldung, derzufolge Wirtschaftsminister Schüssel kein Geld für den Margareten-Tunnel zur Verfügung stellen wolle, meinte Sevcik, es gebe einen Brief des Wirtschaftsministeriums an den Wiener Landeshauptmann, in dem die Bereitstellung dieser finanziellen Mittel zugesagt wird. Um die Größenordnung ins richtige Licht zu rücken, müsse man feststellen, daß tagtäglich 65.000 bis 70.000 Autos am Margareteingürtel fahren, durch den Arlbergtunnel in Spitzenzeiten 4.600 Kraftfahrzeuge pro Tag und auf der Brenner-Autobahn maximal 17.600 Fahrzeuge. Er sei bestürzt, das plötzliche „Nein“ aus der Zeitung zu erfahren und könne diese Entscheidung nicht zur Kenntnis nehmen. Er brachte einen BESCHLUSS- und RESOLUTIONSANTRAG ein, den Umwelttunnel Margareteingürtel raschest zu realisieren, und mit Bundesminister Schüssel unverzüglich Gespräche aufzunehmen, um den Bau sicherzustellen.

GR Josefa TOMSIK (SPÖ) befaßte sich mit dem Wiener U-Bahn-Bau. Sie erklärte, auch ihre Fraktion würde gerne die U 1 nach Norden und Süden verlängert sehen, müsse sich jedoch mit den finanziellen Grenzen abfinden. Im kommenden Jahr werden für die U-Bahn 5,5 Milliarden ausgegeben werden. Im Bereich der Mariahilfer Straße werde 1990 der Höhepunkt beim Rohbau erreicht. Die Verlängerung der U 6 nach Norden wird 1995, rechtzeitig für die EXPO, fertiggestellt sein, kündigte Josefa Tomsik an. Bei der Oberflächengestaltung bestehe eine Mitsprachemöglichkeit im Rahmen von Informationsveranstaltungen. Zum direkten Kontakt mit der Bevölkerung werden für die Baudurchführungen Ombudsmänner installiert werden.

Stadtrat Johann HATZL (SPÖ) ging auf die Argumente seiner Vorredner ein. Die Parallelführung der U 6 und der Straßenbahnlinie „8“ sei zu teuer. Mit dem Geld, das beim „8er“ eingespart werde, konnten die Intervalle bei U-Bahn-Linien verbessert, neue Buslinien geschaffen, die freigewordenen Garnituren und Mitarbeiter auf anderen Linien eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang wies Hatzl auf die Problematik von lokalen Volksbefragungen über überregionale Probleme hin. Man müsse sich gegen Grup-

Forts. auf Blatt 2674

penegoismen schützen und zugleich den Mut haben, den Bürgern die Wahrheit zu sagen.

Zur Forderung nach Tarifsenkungen stellte Hatzl fest, mit weniger Einnahmen könnten nicht mehr Leistungen erbracht werden. Den Seniorentarif lehnte Hatzl ab. Eine Ermäßigung nur auf Grund des Alters könne er nicht verstehen, man könnte genauso gut fordern, daß Pensionisten auf Grund ihres Alters Ermäßigungen beim Erwerb von Lebensmitteln oder technischen Geräten erhielten.

Zur Frage der Errichtung von Aufzügen bei der U 4 sagte Hatzl, er sei dafür, wichtiger sei allerdings der formale Abschluß mit dem Bund über die Mitfinanzierung von U 3 und U 6. Alles auf einmal sei nicht finanzierbar. Ein neuer Finanz- und Terminplan für den U-Bahn-Bau wird ausgearbeitet, sichergestellt sei auf jeden Fall, daß die U 6 bis 1995 die Donau überquert.

Es sei richtig, daß es viele Baustellen und oft zu viele gibt. Hatzl regte in diesem Zusammenhang eine Prüfung der Tonnagenbegrenzung an, da viele Fuhrwerke, deren Beladung von Jahr zu Jahr höher wird, große Schäden an der Infrastruktur der Straßeneinbauten verursachen.

Es gebe leider keine dehnbaren Straßen, daher werde es immer wieder in den Verkehrsspitzenzeiten zu Staus kommen. Jährlich werden zwischen 20.000 und 30.000 Kraftfahrzeuge neu zugelassen, täglich kommen 160.000 Tagespendler nach Wien. Diese sollten verstärkt öffentliche Verkehrsmittel benutzen.

Zu den Forderungen, vorhandene U-Bahn-Linien zu verlängern, meinte Hatzl, wichtig sei zuerst, das Grundnetz fertigzustellen. Die Verlängerung sei im Rahmen der dritten Ausbauphase vorgesehen. Die Schnellbahn zum Flughafen halte er für nötig, und er werde darüber mit den ÖBB reden. Die Busspur in der Burggasse werde demnächst verwirklicht, ebenso die Tempo 30-Zonen. Zur Kritik am Beschleunigungsprogramm meinte Hatzl, daß oft lokale Widerstände von ÖVP und FPÖ in den Bezirken die Verwirklichung verzögern.

Abstimmung über Budget

Die in der Debatte von ÖVP und FPÖ eingebrachten Anträge wurden einstimmig den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen. Der von der SPÖ gestellte Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Das Budget 1990 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

Stadtrat Hatzl legte den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke vor. Dieser sei — so Hatzl — von großem Verantwortungsbewußtsein getragen und ein Garant weiterer guter Entwicklung. Hatzl wies besonders auf die hohen Investitionen in der Gesamthöhe von 3,862 Millionen Schilling hin, die dem Umweltschutz sowie der weiteren Verbesserung in allen Bereichen, insbesondere im öffentlichen Verkehr, dienen.

Erträgen der Wiener Stadtwerke in der Höhe von 21.564,8 Millionen Schilling stehen 1990 voraussichtlich Aufwendungen von 22.112,7 Millionen Schilling gegenüber. Das Defizit beträgt daher 547,9 Millionen Schilling. Die Hoheitsverwaltung gewährt den Verkehrsbetrieben 1990 einen Betriebskostenzuschuß von 2.071,1 Millionen Schilling, darüberhinaus eine Kapitalaufstockung von 663,9 Millionen Schilling zur Finanzierung von Investitionen und 1.026,2 Millionen Schilling zur Pensionsentlastung.

Die E-Werke rechnen 1990 mit einem Anstieg der verkauften Energie um 2 Prozent, die Gaswerke mit einem Anstieg um 4 Prozent. Auch bei den Verkehrsbetrieben ist eine geringe Steigerung der Förderungsfälle zu erwarten. Im Investitionsbereich hob Hatzl die Umweltschutzmaßnahmen

Forts. von Blatt 2673

Forts. auf Blatt 2675

bei den E-Werken hervor. Das Kraftwerk Donaustadt verzeichnet bereits heuer einen Rückgang der Stickoxydemissionen um 90 Prozent, die Müllverbrennung Spittelau wird nach strengsten Umweltrichtlinien wieder in Betrieb genommen, und der neue Kraftwerksblock 3/4 in Simmering wird ebenfalls über optimale Umweltschutzeinrichtungen verfügen. Hatzl betonte, daß der Personalstand der Wiener Stadtwerke 1990 unverändert bleibt und wies auf die neue Tarifgestaltung — den Grünen Stromspartarif — im Bereich der E-Werke hin. Im öffentlichen Verkehr war das Jahr 1989 durch die Inbetriebnahme der U6 und weitere wichtige Verbesserungen im öffentlichen Verkehr gekennzeichnet. Hatzl dankte abschließend allen Bediensteten der Stadtwerke für ihren Einsatz.

Es sei verlockend, über große Zahlen im Budget zu sprechen, es lohne sich aber auch, die kleinen Zahlen einer näheren Betrachtung zu unterziehen, sagte GR ZEIHSEL (FPÖ). Er kritisierte den Posten „16 Millionen Beiträge für Berufsvertretungen“, die Ausgabe von zwei Millionen für Zeitungen und Zeitschriften und ein starkes Ansteigen unvorhergesehener Ausgaben.

Zu den E-Werken sagte Zeihsel, das Verlangen der FPÖ nach einem gerechten Strompreis sei berechtigt gewesen. Dies habe auch der Rechnungshof festgestellt. Den „Grünen Stromtarif“ habe man erst kürzlich mit viel Werbung verkauft, obwohl er der Bevölkerung schon lange zugestanden wäre.

Die Verkehrsbetriebe befänden sich im Kampf gegen das Auto hoffnungslos im Nachteil. Dies zeigten stagnierende Fahrgastzahlen öffentlicher Verkehrsmittel gegenüber ständig mehr werdenden Personenwagen. Es fehle an Phantasie und Taten, die Unzufriedenheit wachse. Als Beispiele nannte er die Einstellung der Straßenbahnlinie „8“, den schleppenden Ausbau des Park-and-Ride-Angebotes und die mangelhafte Einhaltung von Fahrplänen. Eine Verlängerung der U 1 in beide Richtungen rücke in weite Ferne, die U 4 könne kaum vor der Jahrtausendwende verlängert werden, und an den Ausbau der U 3 nach Simmering sei noch garnicht zu denken. Er forderte ein verbessertes Kundenservice, wie in anderen Städten sollte es auch in Wien möglich sein, daß eine Anzeigentafel informiert, wann der nächste Zug eintrifft.

GR STRATIL (ÖVP) meinte einleitend, die Frequenzsteigerung bei der U 6 sei kein Grund zum Jubeln, denn die Fahrgäste hätten nach der Einstellung der Straßenbahnlinie 8 keine Alternative.

Beim Wirtschaftsplan der Stadtwerke kritisierte Stratil mangelnde Transparenz und die nur geringen Steigerungen bei den Investitionen. Obwohl der öffentliche Verkehr eigentlich Vorrang genießen sollte, gingen die Investitionen hier zurück. Damit könne man keine Attraktivierung erreichen. Außerdem gebe es trotz erwartbarer enormer Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Verkehrsmittel kein Geld für die Planung im Zusammenhang mit der EXPO. Im Zahlenmaterial „tummelten“ sich 186,783 Millionen Schilling, die nicht zuzuordnen seien und aus denen nicht zu entnehmen sei, welches Teilunternehmen als „Melkkuh“ diene. 150 Millionen gingen in die anteilige Bedeckung der gemeinsamen Gas- und Stromverrechnung. Dieser Anteil sei sowohl von der ÖVP als auch vom Kontrollamt kritisiert worden, ohne daß es zu einer Änderung komme. Der Finanzplan weise Fremdmittelaufnahmen von 712 Millionen Schilling auf, während die Rücklagen 10 Milliarden ausmachen. Es wäre billiger gewesen, meinte Stratil, statt Krediten die Rücklage in dieser marginalen Größenordnung anzugreifen. Beim grünen Spartarif sollte man den Menschen sagen, daß die Auswirkungen aufgrund des Verrechnungsmodus nicht sofort in voller Höhe zum Tragen kommen.

Der Wirtschaftsplan 1990, sagte GR MENTSCHIK (SPÖ), sei durch hohe Investitionen gekennzeichnet. Schwerpunkte seien das Umweltprogramm

Forts. von Blatt 2674

Forts. auf Blatt 2676

der E-Werke und das Bevorrangungsprogramm der Verkehrsbetriebe. So werde der Grüne Stromtarif für 96 Prozent der Haushaltskunden billigere Strompreise ergeben, und die Stadtwerke werden mehr als 400 Millionen Schilling für diesen Stromtarif zusetzen. Allein 1,3 Milliarden Schilling seien für die Blöcke 3 und 4 des Kraftwerkes Simmering vorgesehen. Die Verkehrsbetriebe planen Investitionen von 750 Millionen Schilling. 120 Millionen seien für das Bevorrangungsprogramm vorgesehen.

Stadtrat Johann HATZL (SPÖ) verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß für den öffentlichen Verkehr nichts geschehen sei. Hatzl verwies auf den Ausbau der U-Bahn, auf die Einrichtung neuer Linien, auf die Streckenverlängerungen, die Intervallverdichtungen, das Beschleunigungsprogramm und auf die Verlängerung der Betriebszeiten.

Da es nötig sei, jene Bediensteten der Verkehrsbetriebe, die, aus welchen Gründen auch immer, ihre Fahrtauglichkeit verlieren, weiterhin in den städtischen Unternehmen zu beschäftigen, werden daher logischerweise weniger Behinderte neu eingestellt. Das dürfe allerdings nicht als behindertenfeindlich bezeichnet werden.

Den Vorschlag, Straßenbahnbeiwagen in den Abendstunden abzukuppeln, lehnte Hatzl ab, da der Aufwand — Wiederankuppeln in den Nachtstunden zur Vorbereitung des Tagesbetriebes — höher wäre als das Weiterführen der ganzen Garnituren.

ABSTIMMUNG: Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Kulturverein Donaustadt

Anschließend trat der Wiener Gemeinderat zu einer Geschäftssitzung zusammen. GR STEINBACH (SPÖ) beantragte eine Ausfallhaftung für den Kulturverein Donaustadt für das Jahr 1989 in der Höhe bis zu 600.000 Schilling. Er frage sich, wieviel Geld aus Steuermitteln der Kulturverein Donaustadt schon erhalten habe, sagte GR PRINZ (FPÖ). Das Subventionsansuchen verschweige mehr als es erkläre. So seien unter anderem 300.000 Schilling für eine Bürokraft und 60.000 Schilling für Steuerberatungskosten ausgewiesen. Er frage sich, welche Firma sich einen solchen Beratungsluxus leisten könne.

GR HANKE (SPÖ) stellte eingangs fest, es sei selten, daß Abgeordnete so sehr gegen Bezirksinteressen argumentieren. Es sei seinerzeit ein Anliegen gewesen, Kultur auch jenseits der Donau anzubieten. Inzwischen habesich das Kulturangebot verlagert, der Kulturverein Donaustadt habe aber schon vielen Menschen ein interessantes Programm geboten.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Subventionen, u. a. „Rockhaus“

GR STRANGL (SPÖ) beantragte 4,57 Millionen Schilling Subventionen bzw. Ausfallhaftung für verschiedene kulturelle Einrichtungen, darunter das „Rockhaus“, vormals „Fritz“.

GR Dr. SALCHER (ÖVP) kritisierte, daß das Jugendzentrum „Fritz“ von allem Anfang an ungeeignet gebaut wurde. Nachdem die Betriebskosten Horrorzahlen erbracht hätten, habe die SPÖ für die Gründung einer Ges. m.b.H. gesorgt. Per Salamitaktik seien immer wieder neue Mittel aus dem Budget angesprochen worden. Die VÖM habeschließlich 99 Prozent übernommen, der Verein Jugendzentren bleibe jedoch Besitzer und verpachte an die VÖM. Nun übersiedle das „Fritz“ vom Jugend- ins Kulturressort. Die VÖM habe ein unrealistisches Konzept entwickelt, das für die Finanzierung nicht ausreichen werde. In einem GEGENANTRAG verlangte die ÖVP, das Geschäftsstück abzusetzen und vor einer Beschlußfassung über weitere Mittel das Kontrollamt prüfen zu lassen. In einem weiteren ANTRAG

Forts. von Blatt 2675

Forts. auf Blatt 2677

Forts. von Blatt 2676

verlangte die ÖVP, die ordnungsgemäße und sparsame Verwendung der von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Mittel für das „Fritz“ vom Kontrollamt überprüfen zu lassen. Diesem Akt zuzustimmen, bedeute politische Fahrlässigkeit.

GR Margarete DUMSER (SPÖ) erinnerte daran, daß die ÖVP dem Geschäftsstück im Ausschuß zugestimmt habe. Sie räumte ein, daß sich die ursprünglichen Ziele bei dieser Einrichtung geändert haben, nachdem auch das Konzept der Jugendzentren nach einer Änderung der Geschäftsführung überdacht worden war. Es sollte eine Einrichtung geschaffen werden, bei der im Interesse der Jugend nicht kommerzielle Gesichtspunkte im Vordergrund stehen. Die VÖM suchte für die an Hardrock interessierte Jugend ein Veranstaltungsgebäude. Nun könne hier ein Teil der Wünsche der Szene abgedeckt werden. Die ÖVP solle nicht übersehen, daß auch das Metropol und das Hernalser Stadttheater, die finanzstärkere Publikumsschichten ansprechen, trotzdem subventioniert werden, unterstrich Dumser.

ABSTIMMUNG: Der Gegenantrag (Absetzung von der Tagesordnung) wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß sich dieser ÖVP-Antrag auf eine nichtbestehende Einrichtung („Fritz“) beziehe. Die SPÖ stimmte dem „Rockhaus“ zu, die übrigen Subventionen wurden einstimmig angenommen. Der Beschlußantrag wurde zugewiesen.

Refundierung Ausgleichsabgabe Fleischexport

GR Elisabeth DITTRICH (SPÖ) beantragte, für eine Refundierung der für exportiertes Schlachtvieh eingehobenen Ausgleichsabgabe der Jahre 1988 sowie Jänner bis Juli 1989 980.000 Schilling zu genehmigen.

GR Ingrid KARIOTIS (FPÖ) begündete die Ablehnung ihrer Fraktion damit, daß diese Refundierung nur sechs Großexporteuren, die im Schlachthof St. Marx für den Export schlachten lassen, zugute kommen. Darüber hinaus fehle ein exaktes Kontrollsystem, und eine lückenlose Überprüfung bis hin zur Auszahlung dieser Ausgleichsabgabe sei nicht möglich. Kariotis kritisierte weiter, daß ohne Vergleichszahlen aus niederösterreichischen Schlachthöfen die Argumentation, daß die Exporteure in das benachbarte Bundesland abwandern könnten, haltlos sei.

GR JANK (SPÖ) wies den Verdacht der Manipulation mit der Begründung zurück, daß die Rechnungen über das für den Export geschlachtete Vieh unter Beischluß der Zollbestätigungen an die MA 60 gehen müßten, die per Bescheid die Ausgleichsabgabe zuerkenne. Die Rückvergütung erfolge erst nach Einreichung der zollamtlichen Bestätigungen, Manipulationen seien unmöglich. 1988 seien im Schlachthof St. Marx 21.182 Rinder für Exportzwecke geschlachtet worden, was immerhin 64 Prozent der gesamten Rinderschlachtungen in St. Marx seien. 1987 seien es rund 22.000 bzw. 63 Prozent aller Schlachtungen gewesen, für die ein Entgelt von 11.249.000 Schilling eingehoben worden sei. Die Stadt Wien habe eine Summe von 693.880 Schilling rückvergütet. Bei nichterfolgter Schlachtung bzw. einem Ausweichen der Exporteure in niederösterreichische Schlachthöfe wären der Stadt Wien fast 11 Millionen Schilling im Jahr 1987 entgangen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 17.45 Uhr. (Schluß) red

Schirmer: Keine Mißstände bei Refundierung der Ausgleichsabgabe für Schlachtvieh

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Stadträtin Christine SCHIRMER wies heute die in einer Presseaussendung von GR KARIOTIS (FPÖ) geäußerten Verdächtigungen im Zusammenhang mit der Refundierung der für nachweislich exportiertes Schlachtvieh eingehobenen Ausgleichsabgabe auf das Schärfste zurück.

„Wie Frau Gemeinderätin Kariotis, vor allem aber deren Klubobmann Dr. Hirnschall, wissen sollte, hat das Kontrollamt die MA 60/Schlachthof St. Marx eingehendst geprüft und die Höhe des als Refundierung auszahlenden Betrages wurde weder in Frage gestellt noch wurde das angebliche Fehlen nachvollziehbarer Unterlagen beanstandet“, stellte Stadträtin Schirmer gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest.

Das Kontrollamt regte lediglich an, von der bisherigen Praxis, die Ausgleichszulage bei Rindfleischexportgeschäften generell aus Billigkeitsgründen zu refundieren, umgehend Abstand zu nehmen. Auch schlug es vor, einvernehmlich mit der Finanzverwaltung zu prüfen, ob es aus wettbewerbsspolitischen Rücksichten tatsächlich weiterhin zu rechtfertigen wäre, im Falle von Rind- und Schweinefleischexporten eine generelle Entlastung der Exporteure von der Ausgleichszulage vorzusehen. Wenn dies grundsätzlich bejaht würde, sollte auf der Grundlage des Lebendviehausgleichsabgabegesetzes für Wien 1983 eine Ausnahmeregelung für Rinder, die für den Export bestimmt sind, bei der Wiener Landesregierung erwirkt werden.

Darüber hinaus empfahl das Kontrollamt, einen Refundierungsbetrag ausdrücklich festzulegen und die Form der Exportnachweise klar zu regeln. Dieser Empfehlung des Kontrollamtes wurde nachgekommen, und zwar in Form einer Verordnung, die am 11.7.1989 von der Wiener Landesregierung beschlossen wurde.

FPÖ wurde auf Wunsch voll informiert

Die Behauptung von Gemeinderätin Kariotis, daß die FPÖ bei mehrmaligen Anfragen keine erschöpfende Auskunft erhalten habe, entbehrt jeder Grundlage, sagte Schirmer. Als die FPÖ in einer Ausschußsitzung vom 9.11. eine diesbezügliche Anfrage stellte, wurde umgehend die gewünschte Information erteilt.

„Den Versuch der FPÖ, in einer Presseaussendung Formulierungen zu wählen, die den Eindruck erwecken sollen, es sei hier zu Unkorrektheiten gekommen, muß ich auf das Schärfste zurückweisen“, stellte Schirmer abschließend fest. (Schluß) emw/bs

Neue Einbahnregelung im 17. Bezirk

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) Im 17. Bezirk wird ab Freitag, 24. November, im Zuge der Röttergasse im Bereich von der Gschwandnergasse bis und in Richtung Comeniusgasse eine Einbahnregelung in Kraft gesetzt. (Schluß) pz/gg